

Fragen

**für die Fragestunde der 217. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. Februar 2002**

Verzeichnis der Fragenden

| <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> | <i>Abgeordnete</i> | <i>Nummer der Frage</i> |
|---|-----------------------------|--|-----------------------------|
| Austermann, Dietrich (CDU/CSU) | 12, 13 | Koppelin, Jürgen (FDP) | 35, 36 |
| Baumann, Günter (CDU/CSU) | 47, 48 | Koschyk, Hartmut (CDU/CSU) | 7, 8 |
| Brüderle, Rainer (FDP) | 37, 38 | Laumann, Karl-Josef (CDU/CSU) | 39, 40 |
| Dr. Friedrich, Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU) ... | 10 | Dr. Leonhard, Elke (SPD) | 3, 26 |
| Girisch, Georg (CDU/CSU) | 5, 6 | Lippmann, Heidi (PDS) | 1, 2 |
| Goldmann, Hans-Michael (FDP) | 27 | Meckelburg, Wolfgang (CDU/CSU) | 43, 44 |
| Dr. Grehn, Klaus (PDS) | 45, 46 | Michelbach, Hans (CDU/CSU) | 4 |
| Heinen, Ursula (CDU/CSU) | 14, 15 | Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU) | 30, 31 |
| Henke, Hans Jochen (CDU/CSU) | 18, 19 | Niebel, Dirk (FDP) | 33, 34 |
| Hinsken, Ernst (CDU/CSU) | 25, 32 | Nolting, Günther Friedrich (FDP) | 49, 50 |
| Hintze, Peter (CDU/CSU) | 20, 21 | Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (FDP) | 23, 24 |
| Kalb, Bartholomäus (CDU/CSU) | 16, 17 | Dr. Röttgen, Norbert (CDU/CSU) | 28, 29 |
| von Klaeden, Eckart (CDU/CSU) | 9, 11 | Siemann, Werner (CDU/CSU) | 51, 52 |
| Kopp, Gudrun (FDP) | 22 | Singhammer, Johannes (CDU/CSU) | 41, 42 |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | <i>Seite</i> |
|--|--------------|
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | 3 |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen | 6 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung | 10 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung | 13 |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

1. Abgeordnete
**Heidi
Lippmann**
(PDS) Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass ein Kriegsdienstverweigerungsantragsteller im Gegensatz zum Wehrpflichtigen ein selbst zu bezahlendes polizeiliches Führungszeugnis vorlegen muss?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

2. Abgeordnete
**Heidi
Lippmann**
(PDS) Wurde die Bundesregierung von US-amerikanischer oder bosnischer Seite informiert, bevor die bosnische Regierung am 18. Januar 2002 trotz des wegen nicht vorgelegter Beweise ergangenen gegensätzlichen Urteils des höchsten bosnischen Gerichtes sechs von den USA des Terrorismus verdächtige Algerier an Soldaten des amerikanischen SFOR-Kontingentes auslieferte (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 22. Januar 2002), und welche Rechtsgrundlage sieht die Bundesregierung für diese Vorgehensweise, auch vor dem Hintergrund ihres Engagements für den Aufbau einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung, deren untrennbarer Bestandteil die Gewaltenteilung ist?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und
Technologie**

3. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung den alternativen Energieträger Windkraft im europäischen und internationalen Vergleich (Deckung des Gesamtstrombedarfes in Prozenten, Anzahl der Windräder pro qkm)?*)

*) siehe hierzu auch Frage 26

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

4. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU) Welche Initiativen plant die Bundesregierung zur Anbindung der oberfränkischen Industriestandorte nach dem Rückzug der DB Cargo?
5. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, dass die Bundesregierung bereit ist, ab 2003 für alle baureifen Bauabschnitte der Bundesautobahn A6 zwischen Amberg und Waidhaus ausreichend Finanzmittel einzuplanen, damit der Lückenschluss der A6 rechtzeitig zur bevorstehenden EU-Osterweiterung fertig gestellt werden kann?
6. Abgeordneter
**Georg
Girisch**
(CDU/CSU) Wenn ja, im Rahmen welcher Haushaltstitel und -jahre ist diese Finanzierung vorgesehen, und wie werden sich die absehbaren Verzögerungen bei der Erhebung der „streckenbezogenen LKW-Maut“ auf den Fertigstellungstermin der A6 zwischen Amberg-Ost und Waidhaus auswirken?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU) Wie gewährleistet die Bundesregierung die Sicherung des kulturellen Erbes der Siebenbürger Sachsen im Zusammenhang mit der geplanten Herauslösung des Siebenbürgischen Museums (Quelle: Unterrichtung durch die Bundesregierung „Konzeption zur Erforschung und Präsentation deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa“, Bundestagsdrucksache 14/4586 Nr. 4.5) aus der untrennbaren musealen Einheit von Siebenbürgischem Museum, Siebenbürgischem Archiv, Siebenbürgischer Bibliothek und Siebenbürgen-Institut in Gundelsheim, und wie rechtfertigt sie vor dem Hintergrund der Existenzsicherung dieses in Deutschland einzigartigen, wertvollen Bestandes an Siebenbürgischem Kulturgut das Junktim gegenüber dem Trägerverein Siebenbürgisches Museum Gundelsheim e. V., einer Wiederbesetzung der Stelle des Museumsleiters und weiterer Mitarbeiter nur dann zuzustimmen, wenn der Träger der Verlagerung des Museums ohne Einschränkung zustimmt (Quelle: Schreiben des Beauftragten der Bundesregierung für Angelegenheiten

der Kultur und der Medien vom 21. November 2001 an den Trägerverein Siebenbürgisches Museum Gundelsheim e. V.)?

8. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie hoch beziffert die Bundesregierung die auf den Bundeshaushalt entfallenden Kosten, wie sie mit der Verlagerung des Siebenbürgischen Museums von Gundelsheim nach Ulm und dem späteren Betrieb des Hauses in Ulm verbunden sind, und wie bewertet die Bundesregierung die Verlagerung des Museums unter der Maßgabe einer effizienten Verwendung von Haushaltsmitteln angesichts der im Jahr 1997 mit Bundesmitteln erfolgten Renovierung des Gebäudes in Gundelsheim und angesichts der dem Bund am derzeitigen Standort entstehenden Unterhaltungskosten?
9. Abgeordneter
Eckart von Klaeden
(CDU/CSU)
- Welche Stelle im Bundeskanzleramt hat Anfang Januar 2002 das vom Abgeordnetenbüro des Staatsministers beim Bundeskanzler, Hans Martin Bury, weitergeleitete Schreiben eines Revisors der Bundesanstalt für Arbeit (BA) über geschönte Vermittlungsstatistiken zur weiteren Bearbeitung erhalten, und was ist dort angesichts der Schwere der in dem Schreiben erhobenen Vorwürfe im Einzelnen unternommen worden?
10. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)
(CDU/CSU)
- Was hat das Bundeskanzleramt dem Revisor der BA auf dessen Schreiben an den Staatsminister beim Bundeskanzler, Hans Martin Bury, geantwortet, und wie erklärt sich die Bundesregierung angesichts ihrer Antwort, dass der BA-Revisor sich gezwungen sah, sich mit Schreiben vom 24. Januar 2002 an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, persönlich zu wenden, da er seine Erkenntnisse vom Bundeskanzleramt nicht ernst genommen sah (vgl. DER TAGESSPIEGEL vom 8. Februar 2002) und er sich in der augenblicklichen Situation nicht mehr anders zu helfen wusste (vgl. stern vom 14. Februar 2002)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

11. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Ist die vom Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, in Brüssel gegenüber der Europäischen Union abgegebene Zusage, bis 2004 einen nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalt zu erreichen, völkerrechtlich verbindlich, mit der Folge, dass damit auch die Bundesregierung nach der Bundestagswahl 2002 daran gebunden wäre, und welche Konsequenzen hat diese Selbstverpflichtung für die innerstaatliche Finanzverteilung?
12. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Welche Annahmen zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland, zur Entwicklung der Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit und zur Entwicklung der Sozialversicherungsträger in den einzelnen Jahren 2002, 2003 und 2004 liegen der Brüsseler Zusage des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, zugrunde, bis 2004 einen nahezu ausgeglichenen Gesamthaushalt zu erreichen?
13. Abgeordneter
**Dietrich
Austermann**
(CDU/CSU)
- Welche konkrete Entwicklung der Haushaltssalden von Bund (einschließlich Sonderrechnungen), Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung in den Jahren 2002 bis 2004 liegt dieser Zusage zugrunde?
14. Abgeordnete
**Ursula
Heinen**
(CDU/CSU)
- Hält der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, das in Artikel 6 Abs. 2 der Verordnung (GG) Nr. 1466/97 des Rates vom 7. Juli 1997 über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken vorgesehene Verfahren der Frühwarnung entgegen dem Wortlaut für eine Ermessensvorschrift, und wenn ja, was sind die Gründe für diese Auffassung?
15. Abgeordnete
**Ursula
Heinen**
(CDU/CSU)
- Gibt es Bestrebungen seitens des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, das Kriterium von höchstens 3 Prozent für das öffentliche Haushaltsdefizit neu zu definieren und konjunkturelle Einflüsse dabei herauszurechnen?

16. Abgeordneter
Bartholomäus Kalb
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung vor dem Hintergrund ihrer Brüsseler Zusagen zu der Aussage des EU-Kommissars für den Binnenmarkt, Frederik Bolkenstein, die deutsche Wachstumsschwäche sei für den bisherigen Kursverfall des Euro (mit-)verantwortlich?
17. Abgeordneter
Bartholomäus Kalb
(CDU/CSU)
- Welche Glaubwürdigkeit haben die Brüsseler Zusagen des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, vor dem Hintergrund der Erwartung des EU-Kommissars für Wirtschaft und Währungsangelegenheiten, Pedro Solbes Mira, Deutschland werde angesichts der ausgebliebenen Reform bis 2005 allenfalls ein jährliches Wirtschaftswachstum von (real) 2 % erreichen, während der EU-Durchschnitt etwa 3 % erreichen werde?
18. Abgeordneter
Hans Jochen Henke
(CDU/CSU)
- In welchem Verhältnis stehen die der Brüsseler Zusage des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, zugrunde liegenden Annahmen zu den Aussagen des Jahreswirtschaftsberichtes, der für 2002 z. B. von fast 4 Millionen Arbeitslosen, einem gesamtstaatlichen Defizit von 50 bis 55 Mrd. Euro und einem die Arbeitslosigkeit und das Defizit weiter erhöhenden Wachstum von (real) nur 0,75 % beim Bruttoinlandsprodukt ausgeht?
19. Abgeordneter
Hans Jochen Henke
(CDU/CSU)
- Was hat den Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, angesichts des Sachverhalts, dass im Jahr 2000 die deutsche Volkswirtschaft real um 3 v. H. wuchs, das Staatsdefizit sich gegenüber 1999 aber lediglich um knapp 4 Mrd. Euro verringerte, bewogen, für das Jahr 2004 ein Staatsdefizit von nahezu Null bei „deutlichem“ Wirtschaftswachstum zuzusagen, und wie verträgt sich diese Zusage mit der Tatsache, dass der Bund gemäß seiner überholten, optimistischen Prognose aus dem Sommer 2001 für 2004 ein Defizit von 10,2 Mrd. Euro plant?
20. Abgeordneter
Peter Hintze
(CDU/CSU)
- Was bewog den Bundeskanzler, Gerhard Schröder, den Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel, anzuweisen, Einfluss auf die anderen Mitgliedstaaten im Rat zu nehmen und einen „Blauen Brief“ an die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern?

21. Abgeordneter
Peter Hintze
(CDU/CSU)
- Sieht der Bundeskanzler, Gerhard Schröder, in der Zukunft angesichts des deutschen Präzedenzfalles überhaupt noch die Möglichkeit, dass an irgendeinen Mitgliedstaat ein „Blauer Brief“ verschickt werden kann?
22. Abgeordnete
Gudrun Kopp
(FDP)
- In welchem Ausmaß machen sich nach Kenntnis der Bundesregierung die jüngsten Steuererhöhungen für Benzin, Versicherungen und Tabak auf die derzeitigen Preiserhöhungen bemerkbar?
23. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Inwieweit geht die Bundesregierung in ihren arbeitsmarktpolitischen Kalkulationen davon aus, dass Finanzdienstleister Geschäftsbereiche von Deutschland nach London und New York verlagern, und wie viele Arbeitsplätze in Deutschland wären nach Einschätzung der Bundesregierung davon betroffen?
24. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(Frankfurt)
(FDP)
- Was wird die Bundesregierung veranlassen, um den Finanzplatz Deutschland im sich verschärfenden Wettbewerb zu stärken und vor dem Verlust weiterer Arbeitsplätze zu bewahren?
25. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach seit der Einführung des Euro am 1. Januar 2002 in Deutschland die Preise stark nach oben geklettert sind, und wie ist die Situation auf vergleichbare Produkte bezogen in Deutschland im Vergleich zu den anderen Ländern der Euro-Zone, zu Großbritannien und der Schweiz?
26. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard
(SPD)
- Bestätigt die Bundesregierung die kürzlich veröffentlichten Zahlen hinsichtlich der Förderung für Windkraftbetreiber u. a. durch Steuerbegünstigung und Zinsverbilligung in Höhe von 51 Mrd. Euro bis 2005?*)

*) siehe hierzu auch Frage 3

27. Abgeordneter
**Hans-Michael
Goldmann**
(FDP)
- Hat die Bundesregierung einen so genannten formal letter als Vorstufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gemäß Artikel 226 EG-Vertrag oder eine ähnliche schriftliche Aufforderung erhalten wegen der Nicht-Umsetzung der Richtlinie 99/35/EG des Rates vom 29. April 1999 über ein System verbindlicher Überprüfungen im Hinblick auf den sicheren Betrieb von Ro-Ro-Fahrgastschiffen und Fahrgast-Hochgeschwindigkeitsfahrzeugen im Linienverkehr, und wenn ja, wann?
28. Abgeordneter
**Dr. Norbert
Röttgen**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Konsequenzen des Rundschreibens des Bundesministeriums der Finanzen im Bundessteuerblatt, wonach Betreuungsvereine auch rückwirkend und auch für bereits abgerechnete Betreuungen zur Zahlung von Umsatzsteuer heranzuziehen sind?
29. Abgeordneter
**Dr. Norbert
Röttgen**
(CDU/CSU)
- Nimmt die Bundesregierung die Anregung der Bundesministerin der Justiz, Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, auf, eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes mit dem Ziel zu initiieren, sicherzustellen, dass die Betreuungsvereine nicht zur Umsatzsteuer heranzuziehen sind, und wie begründet sie ihre Entscheidung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

30. Abgeordneter
**Dr. Gerd
Müller**
(CDU/CSU)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung zur Verbesserung der Einkommenssituation der Grünlandbetriebe in benachteiligten Bergregionen aus den Erkenntnissen des jetzt abgeschlossenen Modellprojektes Allgäu?
31. Abgeordneter
**Dr. Gerd
Müller**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im internationalen Jahr der Berge zur Unterstützung der Bergbauern und Tourismuswirtschaft in den Alpen?

32. Abgeordneter
**Ernst
Hinsken**
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach die von ihr und der Europäischen Kommission geplante Aufhebung der Registrierung von Metzgereien und die Einführung einer Zulassung zu „angepassten Bedingungen“ zu einer Belastung der kleineren Unternehmen führen würde, weil sich die Bestimmungen einseitig an den Bedingungen in Großbetrieben orientieren, wie z. B. die Vorschläge nach einer generellen Festschreibung von Schlachtlinien und die Verpflichtung zum Einsatz von Brühförderern zeigen, und was unternimmt sie dagegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

33. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes und des Vorprüfungsamtes der Bundesanstalt für Arbeit (BA) bezüglich der statistischen Erfassung von Arbeitsvermittlungen im Hinblick auf notwendige strukturelle Veränderungen bei der Bundesanstalt für Arbeit (Süddeutsche Zeitung vom 5. Februar 2002)?
34. Abgeordneter
**Dirk
Niebel**
(FDP)
- Ist die Vermittlungsquote Bestandteil der arbeitsmarktlichen Kennzahlen, aufgrund derer die Stellenschlüssel der einzelnen Arbeits- und Landesarbeitsämter erarbeitet werden, und wenn ja, mit welcher Gewichtung fließt sie ein?
35. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Hat das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) seit 1998 Tatbestände und Merkmale von Statistiken der BA näher bestimmt?
36. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(FDP)
- Sind die von der BA erstellten Statistiken zur Arbeitsvermittlung dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, persönlich vorgelegt worden?
37. Abgeordneter
**Rainer
Brüderle**
(FDP)
- Hat es jemals beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, Zweifel an den Vermittlungsstatistiken der BA gegeben?

38. Abgeordneter
Rainer Brüderle
(FDP)
- Ist dem BMA die volle Wahrheit über die Vermittlungsstatistiken bekannt, nachdem der Sprecher der BA laut Agenturmeldung von „AFP“ vom 10. Februar 2002 die Berichte, wonach geschönte Vermittlungsstatistiken seit langem bekannt und folgenlos geblieben seien, als Halbwahrheiten bezeichnet hat?
39. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Lagen der Bundesregierung bereits in den Jahren 1999 bis 2001 Informationen vor, aus denen erkennbar war oder aus denen sich vermuten ließ, dass die Vermittlungsstatistiken der BA weitaus mehr Vermittlungszahlen ausgewiesen haben als tatsächlich Stellenangebote besetzt werden konnten?
40. Abgeordneter
Karl-Josef Laumann
(CDU/CSU)
- Wann und in welcher Form hat das BMA im Jahr 2001, also im Vorfeld der mit dem „Job-AQTIV-Gesetz“ eingeleiteten sog. Vermittlungsoffensive, die Vermittlungsbemühungen, die gesamte Vermittlungspraxis und die Vermittlungsergebnisse der BA untersucht bzw. geprüft?
41. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Durch welche Maßnahmen oder fachaufsichtlichen Weisungen hat das BMA die Runderlasse der BA vom 10. Dezember 1999, 21. Juli 2000 oder 13. Dezember 2001 fachlich veranlasst oder Grundlagen für diese Erlasse gelegt, und wenn dies nicht so ist, warum hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, die Neufassungen der Weisungen zur Vermittlungsstatistik nicht fachlich oder rechtlich beanstandet?
42. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU)
- Welche sonstigen Maßnahmen, die Art oder Umfang, Tatbestände oder Merkmale der Statistiken der BA oder Berichterstattungen zum Arbeitsmarkt betreffen, haben der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, seine Staatssekretäre oder Fachabteilungen des BMA in den Jahren 1999 bis 2002 veranlasst?
43. Abgeordneter
Wolfgang Meckelburg
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, von der BA gefordert, nachdem das ARD-Fernsehmagazin „Panorama“ im September 1998 auf umfangreiche Missstände bei der Arbeitsvermittlung der BA hingewiesen hat?

44. Abgeordneter
Wolfgang Meckelburg
(CDU/CSU)
- Auf welche Weise ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Walter Riester, seiner Aufsichtspflicht über die BA nachgekommen, die ihm nach § 401 Satz 1 Drittes Buch Sozialgesetzbuch obliegt?
45. Abgeordneter
Dr. Klaus Grehn
(PDS)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse der Neuregelung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG), die seit dem 1. Januar 2001 vorsieht, dass die Befristung eines Arbeitsverhältnisses bis zu zwei Jahren ohne besonderen Sachgrund dann nicht mehr möglich ist, wenn der Arbeitnehmer irgendwann in der Vergangenheit einmal bei demselben Arbeitgeber beschäftigt war?
46. Abgeordneter
Dr. Klaus Grehn
(PDS)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mittel- und Großbetriebe des Einzelhandels, dass großzügigere Befristungsmöglichkeiten für Arbeitsverhältnisse die Schaffung neuer Arbeitsplätze positiv beeinflussen würden?
47. Abgeordneter
Günter Baumann
(CDU/CSU)
- Trifft es nach Kenntnis der Bundesregierung zu, dass die im Juni 2001 beschlossene neue Renten-Vergleichsberechnung für Verfolgte des SED-Regimes (vgl. den durch das 2. Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Anspruchs- und Überführungsgesetzes ergänzten § 13 Abs. 1a im Beruflichen Rehabilitierungsgesetz [BGBl. 2001 I Nr. 40 S. 1943]) bis heute von den Rentenversicherungsträgern nicht umgesetzt worden ist und die Anträge der Betroffenen von den Landesversicherungsanstalten bzw. der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vermutlich bis zum Sommer 2002 nicht bearbeitet werden können?
48. Abgeordneter
Günter Baumann
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um bei den Rentenversicherungsträgern auf eine zügige Umsetzung dieser Regelung zum rentenrechtlichen Nachteilsausgleich hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

49. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(FDP)
- Welche Überlegungen stellt die Bundesregierung gegenwärtig hinsichtlich einer Reform der Bundeswehr an, und in welchen Bereichen erachtet sie Veränderungen der gültigen Reform für erforderlich?
50. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(FDP)
- Wie viele Soldaten haben bis jetzt, unterteilt nach Laufbahngruppen und Teilstreitkräften, ihre Bereitschaft zur Zurruesetzung nach Personalanpassungsgesetz bekundet, und wie viele Möglichkeiten zur Zurruesetzung sieht die Bundesregierung für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, unterteilt nach Laufbahngruppen und Teilstreitkräften?
51. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass das Bundesministerium der Verteidigung per Erlass die Kostenhöchstgrenze bei der Gewährung von Fachausbildung durch den Berufsförderungsdienst in Euro festgelegt hat und dabei an Stelle des offiziellen Kurses von 1,95583 DM pro Euro einen Kurs von 2 zu 1 zu Grunde gelegt hat und dadurch Soldaten teilweise finanzielle Einbußen von mehreren hundert Euro entstanden sind?
52. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)
- Ist es zutreffend, dass die Brandschutzbekleidung für Feuerwehrpersonal der Bundeswehr im Inland nicht den gültigen Vorschriften gemäß den Normen der Herstellungs- und Prüfbeschreibung für eine universelle Feuerweherschutzbekleidung (HuPF) entspricht und der Beschaffungsvorgang für die Brandschutzeinsatzkleidung noch nicht eingeleitet wurde?

